

EU-Nachbarn wünschen sich mehr Schweiz

Neue Umfrage zeigt: Die Schweizer sind mit dem politischen System in der Schweiz zufriedener als die Bevölkerung in den angrenzenden Staaten mit der EU. Das hat auch historische Gründe

Stefan Bühler

Es ist eine provokative Studie. Die EU mit ihren 27 Mitgliedsstaaten könnte sie auch als Anmassung vonseiten der Schweiz bezeichnen. Denn erstens legt sie nahe, dass eine Annäherung zwischen Brüssel und Bern besser gelingen könnte, wenn die EU ihr politisches System in Richtung der schweizerischen halbdirekten Demokratie reformierte. Und zweitens liefert sie Hinweise, dass solche Reformen in der Bevölkerung unserer vier EU-Nachbarstaaten mehrheitlich willkommen wären.

Es ist die erste Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GfS Bern zur Europapolitik, die über die Landesgrenzen hinaus reicht: In der Schweiz sowie in den EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich befragte das Team von GfS-Studienleiter Urs Bieri im September je 1000 Personen zur Zufriedenheit mit dem demokratischen System. Mit deutlichem Ergebnis: 90 Prozent der Befragten in der Schweiz geben an, mit unserem politischen System zufrieden oder sehr zufrieden zu sein. Derweil sind in den Nachbarstaaten nur 50 Prozent zufrieden mit dem EU-System, 44 Prozent sind sehr oder eher unzufrieden (vgl. Grafik).

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Fragen nach einzelnen politischen Aspekten: Mit der Möglich-

keit zur Mitbestimmung sind in der Schweiz 93 Prozent zufrieden, bei den EU-Nachbarn sind dies nur 48 Prozent. Und auch wenn in der Schweiz gerne über Regulierungswut geschimpft wird, sind doch 87 Prozent zufrieden mit unseren Regeln. Die EU-Regeln werden derweil nur von 48 Prozent der Nachbarn als zufriedenstellend beurteilt.

Schliesslich sind 77 Prozent der Befragten in der Schweiz zufrieden mit den Resultaten der Politik. In den vier EU-Staaten hingegen ist eine knappe Mehrheit von 51 Prozent eher oder sehr unzufrieden mit den Resultaten der Brüsseler Regierungstätigkeit.

Mitsprache erwünscht

Aus Sicht der Mehrheit der Befragten in den Nachbarstaaten bestehe derzeit keine politische Partizipationsmöglichkeit, die in der EU besser funktioniert als in der Schweiz, heisst es in der Studie. Und weiter: Die Befragten sähen die Schweiz bezüglich Abstimmungen und der Möglichkeit politischer Vorstösse «als demokratisches Vorbild für die EU».

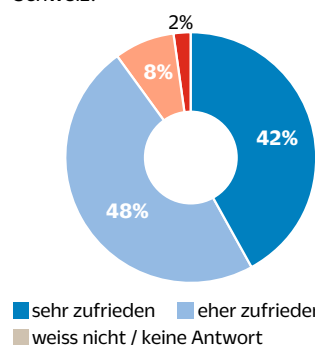
Folgerichtig wünschen sich in den Nachbarstaaten 75 Prozent einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte. Umgekehrt sehen in der Schweiz viele einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte in der EU als Voraussetzung für eine Annäherung zwischen Bern und Brüssel - eine knappe Mehrheit



Politische Mitbestimmung fördert Zufriedenheit: Abstimmungslokal im Restaurant Alpenhof. (Wiesenberg, NW, 24. September 2017)

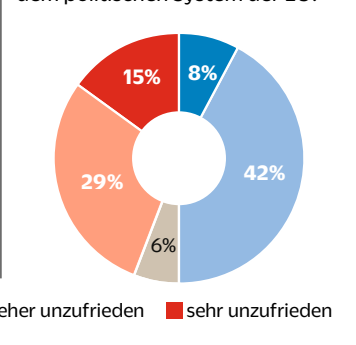
Höhere Akzeptanz in der Schweiz

Frage in der Schweiz: Wie zufrieden sind Sie generell mit dem politischen System der Schweiz?



Quelle: GfS Bern

Frage in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien: Wie zufrieden sind Sie generell mit dem politischen System der EU?



von 51 Prozent der befragten Schweizerinnen und Schweizer wäre unter dieser Bedingung bereit, einem EWR-Beitritt zuzustimmen. Doch selbst wenn sich die EU dem direktdemokratischen System der Schweiz annähern würde, blieben die Übernahme von EU-Recht und die EU-Richter als Instanz bei Konflikten Knackpunkte und der EU-Beitritt in der Bevölkerung chancenlos.

In Auftrag gegeben hat die Studie Luzius Meisser, Mitgründer der Bitcoin Association Switzerland. Er ist Mitglied bei Kompass Europa und Autonomiestudien, jenen Organisationen, die sich erfolgreich gegen den vom Bundes-

rat im Mai versenkten Rahmenvertrag einsetzten. Meisser sieht in der Umfrage seine Positionen gestärkt: «In jedem einzelnen abgefragten Punkt, egal ob Corona-Politik, Schutz von Minderheiten oder sinnvolle Verwendung von Steuergeldern, schneidet die Schweiz besser ab als die Europäische Union», sagt er, «das müsste der EU-Kommission zu denken geben.» Und weiter: «Die Studie bietet auch klare Hinweise darauf, dass die Schweiz einer demokratischer organisierten EU gegenüber aufgeschlossener wäre.»

Doch sei die Frage erlaubt: Werden hier nicht Äpfel mit Birnen verglichen? Lässt sich das na-

tionale System der Schweiz mit der supranationalen Organisation der EU vergleichen? «Wir vergleichen nicht das System, sondern untersuchen, wie die unterschiedlichen Demokratiesysteme die grundsätzlichen Ansprüche der Bevölkerung an die Politik zu befriedigen vermögen», widerspricht Studienleiter Bieri von GfS Bern. Dies sei freilich nur ein Blickwinkel auf das Funktionieren der Demokratie: «In jedem Land gibt es eine andere Geschichte, unterschiedliche Kulturen und andere wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Sachzwänge.» Die Untersuchung sei als Diskussionsbeitrag zu verstehen, «sie leitet explizit keine Forderungen ab», sagt Bieri.

Volksrechte dank Revolten

Flankiert wird die Umfrage von einem Text von Professor Rolf Graber. Der Historiker zeigt auf, dass sich das System der Schweiz mit ausgebauten Volksrechten über Jahrhunderte entwickelte, oft getrieben von Revolten gegen die Obrigkeit im Inland. Dies habe sie zum «Experimentierfeld für Demokratie» gemacht, das vom Ausland interessiert beobachtet wurde. Zugleich, so Graber, erfolgten wesentliche Entwicklungen hin zu mehr politischer Mitsprache erst auf internationalen Druck, etwa das Stimmrecht für Juden oder für die Frauen. Was heisst das für die Gegenwart?

Auch heute gilt die Schweiz vielen als demokratiepolitisches Vorbild, wie die Umfrage zeigt. Zugleich steht sie unter Druck, ihr System den Regeln der EU anzupassen, will sie weiterhin einen privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt.

«Als Sozialhistoriker glaube ich nicht, dass eine Demokratisierung der EU von oben, das heisst von den zuständigen politischen Gremien oder den Eliten ausgehen wird, sondern nur das Resultat von politischen Bewegungen von unten sein kann», schreibt Graber auf Anfrage. Der gegenwärtige Problemdruck lasse die Vermutung zu, dass grössere Protestbewegungen zu erwarten seien, die neben konkreten sozialen oder politischen Postulaten auch die Forderung nach mehr Partizipation enthalten könnten. Wann dies sein werde, lasse sich freilich nicht voraussagen.

Was den Druck der EU auf die Schweiz betrifft, schreibt er: «In historischer Perspektive hat es jeweils recht lange gedauert, bis die Schweiz dem Druck von aussen nachgegeben hat.» Ausschlaggebend seien der «Leidensdruck», den allfällige Sanktionen der EU erzeugen. Ob und wie rasch die Bevölkerung darauf reagieren wird, lasse sich aber nicht sagen.

Sicher ist nur: Die Weiterentwicklung der Demokratie ist nie abgeschlossen - weder in der EU noch in der Schweiz.